

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

September 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Nikoleta Kovachka

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 20. bis zum 26. September 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

Kein Verfahren gegen Deutschland wegen Roma

Die Kommission trat Medienberichten vom 23.09. entgegen, in denen über ein angeblich geprüftes Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen der Situation der Roma berichtet wird. Diese Berichte hätten keine Grundlage. Selbstverständlich beobachtet die Kommission in ihrer Rolle als Hüterin der Europäischen Verträge die korrekte Umsetzung und Anwendung von EU-Recht in allen 27 Mitgliedstaaten. Derzeit habe die Kommission aber keine Informationen über eine angebliche Verletzung der EU-Freizügigkeitsrichtlinie durch Deutschland in diesem Zusammenhang.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9433_de.htm

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Türkei muss Diskriminierung von Zypern beenden

In einer nichtlegislativen Entschließung zu den Handelsbeziehungen EU-Türkei bedauert das Europäische Parlament, dass die Türkei das Zusatzprotokoll zum EG-Türkei Assoziierungsabkommen nicht vollständig umgesetzt habe. Dieses Abkommen garantiert den Zugang aller EU-Mitgliedstaaten, einschließlich Zyperns, zu Flughäfen und Häfen in der Türkei. Sie fordern Ankara dazu auf, unverzüglich alle sich aus diesem Protokoll ergebenden Verpflichtungen uneingeschränkt in nicht diskriminierender Weise umzusetzen. Andernfalls könnte der Verhandlungsprozess noch stärker beeinträchtigt werden. Ferner fordert das EP, dass alle unnötigen Hindernisse in den Handelsbeziehungen der EU mit der Türkei beseitigt werden, etwa technische Normen oder die Nichtanerkennung von Zertifizierungen. Das Parlament begrüßte das positive Ergebnis des Referendums zur Verfassungsreform in der Türkei.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/026-82941-263-09-39-903-20100920IPR82940-20-09-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0324+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

2. Asia-Europe Meeting (ASEM) vom 4. bis 5. Oktober in Brüssel

Bereits zum 8. Mal findet das Asia-Europe Meeting in Brüssel statt. Die Staats- und Regierungschefs der ASEM-Staaten werden sich über die Beziehungen zwischen den Regionen austauschen und über globale Herausforderungen wie die Wirtschafts- und Finanzkrise oder die Klimapolitik diskutieren. <http://www.asem8.be/>

b) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. EU gibt eine zusätzliche Milliarde Euro für Entwicklungshilfe

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat auf dem UN-Gipfel zu den Millenniumsentwicklungszielen (Millennium Development Goals, MDGs) zusätzlich eine Milliarde Euro Unterstützung zur Bekämpfung der Armut angekündigt. "Extreme Armut ist die größte globale Herausforderung", sagte Barroso in New York. "Ich bin heute hierher gekommen, um Europas Engagement bei dieser Herausforderung zu bekräftigen. Die EU ist bereit, den bedürftigsten Ländern eine Milliarde Euro anzubieten, um Fortschritte bei den Zielen zu erreichen, von deren Erreichen wir noch weit entfernt sind."

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9422_de.htm

2. Schaffung von Arbeitsplätzen in Entwicklungsländern:

In einer nichtlegislativen Entschließung fordert das Europäische Parlament die Regierungen in den Entwicklungsländern nachdrücklich auf, ihre Wirtschaft über den Ausbau der verarbeitenden Industrie zu diversifizieren und Unternehmen, insbesondere KMU, die Arbeitsplätze schaffen und für Wachstum sorgen, nicht durch zu viel Bürokratie zu belasten. Ferner ruft das EP alle Entwicklungsländer auf, die Agenda für menschenwürdige Arbeit der IAO und die Initiative der UN zu Mindestniveaus für den Sozialschutz (Social Protection Floor) zu unterzeichnen, um befriedigende Arbeitsbedingungen, ein hohes Niveau umfassenden sozialen Schutzes auch für die ärmsten und am stärksten ausgegrenzten Menschen und einen echten sozialen Dialog sowie insbesondere die Nutzung des Projekts "Arbeitskräfteintensität" zu gewährleisten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0327+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Fünfjahresstrategie für mehr Chancengleichheit von Frauen und Männern

Die Kommission hat am 21.09. ihre „Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015“ angenommen. Schwerpunkte sind: Wirtschaft und Arbeitsmarkt, gleiches Entgelt, Gleichheit in Führungspositionen, Bekämpfung geschlechterspezifischer Gewalt und Förderung der Gleichheit der Geschlechter außerhalb der EU. Zu den Maßnahmen gehören: geschlechtsübergreifende Beschäftigungsquote von 75 %, mehr Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft, Förderung von Frauen als Unternehmerinnen und Selbständige, Einführung eines Europäischen Tags für gleiches Entgelt (Frauen verdienen im Durchschnitt 18% weniger als Männer, in DE 23%, AT 25.5%) und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, insbesondere die endgültige Ausmerzung der Genitalverstümmelung von Frauen in Europa und weltweit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1149&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=890&furtherNews=yes>

2. EU setzt auf Dialog zur Förderung der Gleichstellung

Bei den größten börsennotierten Unternehmen in der EU sei lediglich jedes zehnte **Aufsichtsratsmitglied** eine Frau, und bei den Aufsichtsratsvorsitzenden sogar nur 3 %. Kommissionsvizepräsidentin Reding will sich daher im Frühjahr 2011 mit den Vorständen der größten börsennotierten europäischen Unternehmen an einen Tisch setzen und ausloten, inwieweit die Wirtschaft gewillt ist, von sich aus etwas zu tun. Vom Ergebnis dieses Dialogs werde es abhängen, ob sich 2012 weitere Initiativen als erforderlich erweisen. Außerdem wird die Kommission einen jährlichen **Gleichstellungsdialog** auf höchster Ebene unter Beteiligung des EU-Parlaments, des Ratsvorsitzes, der europäischen Sozialpartner und der Zivilgesellschaften einführen, um die Fortschritte bei der Durchführung der Gleichstellungsstrategie zu erörtern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1149&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=890&furtherNews=yes>

3. Häusliche Gewalt gegen Frauen weit verbreitet

Nach einer Eurobarometer-Umfrage haben 98% der Befragten in Europa schon einmal von häuslicher Gewalt gegen Frauen gehört. In Deutschland (DE) sind es ebenfalls 98% und in Österreich (AT) 97%. Auf die Frage, ob Sie jemanden kennen, der einer Frau irgendeine Form häuslicher Gewalt angetan hat antworteten in der EU 21% mit ja, in DE 15% und in AT 18%. Die Frage „Kennen Sie eine Frau die Opfer von irgendeiner Form von häuslicher Gewalt geworden ist? Wenn ja, ist das jemand aus ihrem Freundes- und Familienkreis?“ bejahten in der EU 25%, in DE 16% und in AT 20%.

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_344_en.pdf

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_344_fact_de_de.pdf Deutschland)

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_344_fact_at_de.pdf (Österreich)

b) Gesundheit

Neue Vorschriften zur Arzneimittelsicherheit

Das Europäische Parlament verabschiedete am 22.09. zwei mit dem Rat abgestimmte Vorlagen (Verordnung und Richtlinie) zur Arzneimittelsicherheit („Pharmakovigilanz“). Patienten sollen über europäische und nationale Webseiten besser über medizinische Produkte und erwiesene Nebenwirkungen informiert werden und Nebenwirkungen den nationalen Behörden direkt mitteilen können. Arzneimittel, die zusätzlicher Überwachung bedürfen, werden durch ein schwarzes Symbol auf dem Beipackzettel gekennzeichnet. Die Pharmaunternehmen und die zuständigen nationalen Behörden richten die Datenbank „Eudravigilance“ als alleinige Quelle für alle Informationen zur Arzneimittelsicherheit ein. Die neuen Rechtsnormen gelten 18 Monate ab Veröffentlichung im Amtsblatt.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/066-83196-263-09-39-911-20100921IPR83194-20-09-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0331+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung Verordnung)

IV. Landwirtschaft

Widerstand gegen deutsch-französische Position zur Agrarpolitik nach 2013

Beim informellen Treffen der EU-Agrarminister am 27.09. waren sich alle Minister einig, dass es auch nach 2013 eine starke Gemeinsame Agrarpolitik und keine Renationalisierung der ersten Säule geben müsse. Notwendig seien auch Marktinstrumente als Sicherheitsnetz. Polen lehnte allerdings, unterstützt von den neuen Mitgliedstaaten, die deutsch-französische Position, wonach bei den Direktzahlungen der bisherige Verteilungsschlüssel beizubehalten ist, entschieden ab. Stattdessen sollten EU-weite Pauschalbeträge eingeführt werden. Anzumerken ist, dass die derzeitigen Zahlungen pro Hektar pro Jahr zwischen 500 EUR in Griechenland und 100 EUR in Lettland liegen. Die Kommission wird im November ihre Vorschläge für 2014-2020 vorlegen.

<http://www.eutrio.be/pressrelease/informal-meeting-eu-agriculture-ministers>

<http://euobserver.com/9/30861/?rk=1>

V. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

Auftragseingänge der Industrie im Juli gefallen

Im Euroraum (ER16) hat der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Juli 2010 gegenüber dem Vormonat um 2,4% abgenommen, nach einer Zunahme von 2,4% im Juni. In der EU27 fielen die Auftragseingänge im Juli 2010 um 2,3%, nach einem Zuwachs von 2,5% im Juni. Im

Vergleich zum Juli 2009 nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Juli 2010 im Euroraum um 11,2% und in der EU27 um 12,5% zu.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/138&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

1. Regeln für die Erdgasversorgungssicherheit verschärft

Das EP stimmte am 21.09. einem mit dem Rat ausgehandelten Kompromiss zu, wonach die Mitgliedstaaten und die Gasversorger aufgefordert werden, ihre Präventivmaßnahmen und Notfallpläne auf regionaler und europäischer Ebene zu koordinieren. Bei einem „Unions-Notfall“ ist die Kommission für die Koordinierung mit Drittstaaten und den betroffenen Mitgliedstaaten zuständig. Die Unternehmen sind verpflichtet, in die notwendige Infrastruktur zu investieren und bei Bedarf bidirektionale Durchflüsse zu gewährleisten, um die Versorgung aller Kunden und auf jeden Fall der Privathaushalte bei einer Versorgungsstörung sicherzustellen. Der Rat wird voraussichtlich Anfang Oktober zustimmen, so dass die Verordnung noch in diesem Jahr in Kraft treten kann.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-82929-263-09-39-909-20100920IPR82928-20-09-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0322+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

2. Beteiligung der Ukraine an Energiegemeinschaft

Die Kommission begrüßte am 24.09. die Unterzeichnung des Vertrags über den Beitritt der Ukraine zur südosteuropäischen Energiegemeinschaft. Dieser erfordert noch die Ratifizierung durch das ukrainische Parlament. Ziel der Energiegemeinschaft ist die Liberalisierung der Energiemärkte und die Umsetzung der grundlegenden EU-Gesetzgebung in den Bereichen Elektrizität, Gas, Umwelt und erneuerbare Energien. Vollmitglieder dieser internationalen Organisation mit Sitz in Wien sind die EU, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien (FYROM), Moldawien, Montenegro, Serbien und Kosovo (VN-Interimsverwaltung). Beobachterstatus haben Georgien, Norwegen und die Türkei.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1173&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://www.energy-community.org/portal/page/portal/ENC_HOME

c) Währung und Finanzen

1. Neue europäische Finanzaufsicht ab 1. Januar 2011

Das Europäische Parlament gab am 22.09., nach dem Rat, endgültig grünes Licht für die reformierte Finanzaufsicht der EU. Die drei neuen Aufsichtsbehörden für Banken (Sitz in London), Versicherungen (Frankfurt) und Wertpapierhandel (Paris) können Konflikte zwischen nationalen Finanzaufsichten schlichten. Falls dabei keine Einigung herauskommt oder wenn die nationalen Aufsichtsbehörden nicht handeln, erhalten die europäischen Aufsichtsbehörden ein direktes Durchgriffsrecht auf Finanzinstitute, wie etwa Banken. Ferner können die EU-Behörden riskante Finanzprodukte und Finanzaktivitäten zeitlich befristet verbieten. Die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde erhält außerdem die Aufsicht über die Ratingagenturen.

Hinzu kommt ein Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (ESRB), der Risiken für die Stabilität des Finanzsystems insgesamt überwachen und bewerten soll („Makroaufsicht“). Der ESRB, unter Vorsitz des EZB-Präsidenten, gibt Frühwarnungen zu sich abzeichnenden Systemrisiken ab und empfiehlt Abhilfemaßnahmen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-83191-263-09-39-907-20100921IPR83190-20-09-2010-2010-false/default_de.htm

2. Prüfung der Landesbanken WestLB und BayernLB

Die deutschen Behörden haben die Kommission am 20.09. über Überlegungen eines Zusammenschlusses der BayernLB und der WestLB informiert. Der für Wettbewerb zuständige Kommissionsvizepräsident Joaquín Almunia stellte dazu in Brüssel fest, dass derzeit zu beiden Landesbanken formelle Prüfungen wegen Staatsbeihilfen laufen, die noch nicht abgeschlossen sind. Zu beiden Banken hatte die Kommission vorübergehende Genehmigungen für hohe staatliche Unterstützungen erteilt. Allerdings werden die Maßnahmen insgesamt und die Restrukturierungspläne noch geprüft.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9424_de.htm

3. Vorläufige Genehmigung für Beihilfen für Hypo Real Estate

Aus Gründen der Finanzstabilität hat die Kommission die Übertragung von rund 200 Mrd. EUR an problembehafteten, nicht strategischen Vermögenswerten an eine Abwicklungsanstalt sowie zusätzliche staatliche Garantien von bis zu 40 Mrd. EUR für die deutsche Bank Hypo Real Estate (HRE) vorübergehend genehmigt. Im Rahmen der laufenden Prüfung der Umstrukturierung der HRE wird die Kommission abschließend über die Vereinbarkeit dieser Maßnahmen mit den EU-Beihilfavorschriften entscheiden. Deshalb hat sie ihre Untersuchung auf diese neuen Maßnahmen ausgeweitet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1172&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Europäischer Rettungsschirm (EFSF) erhält Toprating

Alle drei großen Ratingagenturen gaben der European Financial Stability Facility (EFSF) ihre Bestnoten: Standard & Poor's "AAA"; Moody's "Aaa"; Fitch Ratings "AAA". Hierzu trugen die Übersicherung von 20% und die Ansammlung einer Barreserve bei Vergabe eines Darlehens bei.

<http://www.efsf.europa.eu/press/2010/2010-003-rating-agencies-assign-top-credit-rating-to-efsf.htm>

5. Kommissar Rehn in Berlin: Keine Krise von Euro

EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn hat zu entschiedenen Reformen aufgerufen, um Wirtschaft und Währung in der EU krisenfester zu machen. Es gehe um einen "langfristigen Neubau der Finanz- und Wirtschaftsarchitektur" in Europa, sagte Rehn am 23.09. auf einer Konferenz in Berlin. "Ich denke nicht, dass der Euro in einer Krise steckt, auch wenn wir uns weiterhin natürlich Gedanken um unsere Währung machen", betonte er.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9431_de.htm

6. Rumänien erhält 1.15 Mrd. EUR Zahlungsbilanzhilfe

Die Kommission wies am 22.09. die dritte Tranche über 1.15 Mrd. EUR von einem im Mai 2009 bewilligten Darlehen über 5 Mrd. EUR an, nachdem die Kommission eine zufrieden stellende Umsetzung des multilateralen Hilfsprogramms über 20 Mrd. EUR konstatiert hatte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1167&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VI. Inneres

1. Beschränkungen bei Vorläufersubstanzen für Sprengstoffe

Mit ihrem Verordnungsentwurf vom 20.09. will die Kommission verhindern, dass bestimmte der Allgemeinheit zugängliche Stoffe etwa von Terroristen zur Herstellung von Sprengstoffen missbraucht werden. Nach einer Übergangsfrist von 18 Monaten sollen bestimmte Stoffe wie Wasserstoffperoxid nur noch dann an nichtgewerbliche Abnehmer verkauft werden dürfen, wenn ihre Konzentration bestimmte Grenzwerte nicht übersteigt. Andere Stoffe wie Aceton, Schwefelsäure oder das vielfach in Kunstdünger verwendete Ammoniumnitrat unterliegen bei verdächtigen Transaktionen (insbesondere Kauf größerer Mengen) einer Meldepflicht. Der

Vorschlag bedarf der Zustimmung von Rat und EP. Er beruht auf Vorarbeiten im Rahmen des Aktionsplans zur Verbesserung der Sicherheit in Bezug auf Explosivstoffe von 2008.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1144&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0473:FIN:DE:PDF>

2. EU-Außenstrategie zur Übermittlung von Fluggastdaten

Die Kommission hat am 21.09. Vorschläge für den Austausch von Fluggastdatensätzen (PNR) mit Drittländern vorgelegt. In einer Mitteilung werden erstmals allgemeine Erwägungen niedergelegt, die die EU bei der Aushandlung von PNR-Abkommen mit Drittländern leiten sollten. Bei allen Übermittlungen von Fluggastdaten aus den EU-Mitgliedstaaten an Drittländer müsse das jeweilige Drittland auf der Basis einer soliden Rechtsgrundlage einen angemessenen Datenschutz gewährleisten. Ein solcher Datenschutz könne entweder im Recht des Drittlands vorgesehen sein oder im internationalen Abkommen zugesichert werden. Zu prüfen sei auch, ob die bestehenden Abkommen mittelfristig durch ein multilaterales Übereinkommen zwischen allen Ländern, die PNR-Daten verwenden, ersetzt werden können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1150&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0492:FIN:DE:PDF> (Mitteilung)

3. Europäisches Parlament billigt Rückkehrabkommen der EU mit Pakistan

Ein Kompromiss, der die Rückkehr illegaler Einwanderer nach Pakistan erleichtert, wurde am 21.09. vom EP mit 382 Ja-Stimmen bei 250 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen angenommen. Eine Minderheitenmeinung, die von den Fraktionen S&D, Grüne/EFA und VEL/NGL aufgesetzt wurde, fordert die Ablehnung dieses Abkommens, da Pakistan "den Menschenrechtsstandards nicht nachkomme". Des Weiteren habe Pakistan die Genfer Konvention von 1951 nicht unterzeichnet. Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander den Abschluss ihrer Ratifizierungsverfahren notifiziert haben.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/018-82939-263-09-39-902-20100920IPR82938-20-09-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0323+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

4. Gemeinschaftskonzept zur Verhütung von Katastrophen

In seiner Entschließung zur Mitteilung der Kommission: „Gemeinschaftskonzept zur Verhütung von Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen“ fordert das EP einen ganzheitlichen Ansatz und angemessene Finanzierung.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-82945-263-09-39-911-20100920IPR82944-20-09-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0326+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

VII. Verkehr

5. Strikte Kriterien für die Untersuchungen von Flugzeugunfällen

Mit der vom EP am 21.09. gebilligten neuen Verordnung über die Untersuchung und Verhütung von Unfällen in der Zivilluftfahrt werden die Unabhängigkeit und Effektivität der Untersuchungen von Unfällen im Luftverkehr in der EU verbessert, die Zusammenarbeit zwischen den Untersuchungsstellen erleichtert und eine konsequentere Befolgung der Sicherheitsempfehlungen gewährleistet. Außerdem stärkt die neue Verordnung die Rechte der Opfer von Luftverkehrsunfällen und ihrer Angehörigen. So muss innerhalb von zwei Stunden nach einem Unglücksfall eine Liste der Passagiere erstellt werden. Fluggäste können vor Abflug eine Kontaktperson für den Fall eines Unfalls angeben. Rat und EP haben zu einer Einigung in erster Lesung gefunden, so dass die endgültige Verabschiedung durch den Rat als sicher gilt.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-82933-263-09-39-910-20100920IPR82932-20-09-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0321+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

6. Vision von Einheitlichem Europäischem Eisenbahnraum

Bei der Eröffnung der Berliner Verkehrsmesse InnoTrans hat EU-Verkehrskommissar Siim Kallas für ein weiteres Zusammenwachsen des Bahnverkehrs in Europa geworben. "Mein Traum ist ein Einheitlicher Europäischer Eisenbahnraum im Jahr 2050", sagte Kallas in seiner Rede. Darin seien Bahnen das wichtigste Transportmittel für Güter über Entfernungen von mehr als 300 Kilometern - statt Lastwagen wie derzeit. Und Reisende würde bei Strecken von 400 bis 1000 Kilometern häufiger die Bahn als vor allem das Flugzeug nutzen. Dafür seien neue politische Konzepte, andere Unternehmensstrukturen und Investitionen erforderlich.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9423_de.htm

VIII. Medien und Informationsgesellschaft

Maßnahmen zur Förderung schneller Breitbanddienste in Europa

Die Kommission präsentierte am 20.09. ein Maßnahmenpaket durch das die Breitbandgrundversorgung aller EU-Bürger bis 2013 sowie die Versorgung aller EU-Bürger mit schnellen und ultraschnellen Breitbanddiensten bis 2020 gesichert werden soll. In einer Empfehlung werden die nationalen Telekom-Regulierungsbehörden verpflichtet, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Anreizen zur Investition in Glasfasernetze und den Zugangsmöglichkeiten von Konkurrenten in diese Netze zu gewährleisten. Zur Versorgung ländlicher Gebiete mit drahtlosen Breitbanddiensten sollen, wie in Deutschland bereits geschehen, ausreichend Funkfrequenzen zur Verfügung gestellt werden. In einer Mitteilung werden Möglichkeiten beschrieben, öffentliche und private Investitionen in den Netzausbau zu fördern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1142&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/426&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

IX. Bildung, Forschung, Kultur

1. Mangelnde Anerkennung von Berufsqualifikationen schränkt Mobilität ein

Für EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat arbeiten wollen, ist die Anerkennung von Berufsqualifikationen oft schwierig. Dem am 23.09. von der Kommission veröffentlichten Binnenmarktanzeiger zufolge wurde in 30 % der gemeldeten Fälle der Antrag auf Anerkennung von Berufsqualifikationen zunächst einmal abgelehnt, oder von den Antragstellenden wurden zusätzliche Prüfungen verlangt. Viele mussten ihren Antrag auf dem Beschwerdeweg durchsetzen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9435_de.htm

2. Fast 80% der Kinder lernen in der Grundschule eine Fremdsprache

Im Jahr 2008 lernten in der EU 79% der Schüler in der Primarstufe und 83% der Schüler der Sekundarstufe II eine Fremdsprache. In beiden Stufen war Englisch die erste Fremdsprache. Eine zweite Fremdsprache wurde von 10% der Schüler der Primarstufe und von 39% der Schüler der Sekundarstufe II gelernt, wobei Französisch und Deutsch am häufigsten vertreten waren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/139&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. EU-Kommission unterstützt Digitalisierung europäischer Kinos

Die Kommission kündigte am 24.09. eine neue Strategie an, die europäische Kinos bei der Digitalisierung unterstützen und mehr Kinos ermutigen soll, in Europa produzierte Filme zu zeigen. Die Kosten einer digitalen Ausrüstung seien für viele kleinere Kinos unerschwinglich. Die Strategie der Kommission sieht die Möglichkeit finanzieller Unterstützung vor, unter anderem in Form von staatlichen Beihilfen oder Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem EU-Programm MEDIA, das die Filmindustrie unterstützt. Durch die Digitalisierung werde es beispielsweise leichter möglich, Filme zu konvertieren, die in den Entstehungsjahren des Kinos gedreht wurden, und diese Filme zu bewahren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1168&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/culture/media/index_en.htm